



IHK-POSITION

Industriepolitische Positionierung der IHK zu Rostock

Beschluss der Vollversammlung vom 30. November 2020



Industriepolitische Positionierung 2020

Als Interessenvertreter ihrer rund 36.000 Mitgliedsunternehmen in der Hanse- und Universitätsstadt Rostock sowie in den Landkreisen Rostock und Vorpommern-Rügen setzt sich die IHK zu Rostock dafür ein, einerseits den Unternehmen die Rahmenbedingungen zu schaffen, damit sie weiterhin hier am Standort bleiben und andererseits kontinuierlich und mit Nachdruck darauf hinzuarbeiten, dass der Kammerbezirk ein attraktiver Standort auch für Neuansiedlungen bleibt. Zentral dafür ist es, die Industriebranche, bestehend aus produzierendem Gewerbe, industrienahen Dienstleistungen und technologieorientierten Gründungen in den Blick zu nehmen und sich stark zu machen, den IHK-Bezirk Rostock sowie Mecklenburg-Vorpommern insgesamt zu einem zukunftsfähigen Industriestandort weiterzuentwickeln. Dazu gehört, mit den politisch und administrativ Verantwortlichen eine moderne Industriepolitik zu entwickeln und umzusetzen, die Chancen für Produktion, Arbeitsplätze und Innovationen schafft und damit bessere Zukunftsperspektiven für die Unternehmen sowie für die Entwicklung der gesamten Region bietet. Denn kluge Industriepolitik ist ein Schlüsselfaktor für den Erhalt bzw. die Verbesserung von Lebensqualität und wirtschaftlicher Prosperität sowie zur Erreichung von Umwelt- und Klimaschutzzielen.

Um sich angesichts der aktuellen wirtschaftspolitischen Herausforderungen für die Interessen der Unternehmen der Industriebranche einzusetzen, hat die IHK zu Rostock in ihrem Industrie-, Energie- und Umweltausschuss relevante Themen identifiziert und hierzu in mehreren Arbeitsgruppensitzungen erforderliche Maßnahmen entwickelt.

Standortbedingungen für neue Industrieansiedlungen

SITUATION

- Die Industrieansiedlungen in der Region sind nicht nur Motor der Wertschöpfung, sondern ziehen auch eine Vielzahl an Zulieferern und Dienstleistungsunternehmen nach sich. Diese wiederum bringen weitere Wertschöpfung, Wohlstand und Lebensqualität in das Land. Potenzial für neue Industrieansiedlungen in Mecklenburg-Vorpommern ist hinreichend gegeben. **Im Bundesländervergleich liegt das Bundesland allerdings mit einer Industriedichte von 43 Mitarbeitern je tausend Beschäftigte im verarbeitenden Gewerbe neben Berlin und Brandenburg auf unterstem Rang (Bundesdurchschnitt 83).**
- Die Auslastung vorhandener Gewerbe- und Industriegebiete im Land ist regional sehr verschieden. Festzustellen ist, dass besonders die Hafen- und Industriestandorte mit Wasseranbindung in und an den Ober- und Mittelzentren besonders nachgefragt sind und zum Teil bereits an die Grenzen der Verfügbarkeit stoßen. Für Neuansiedlungen ist u.a. die Nähe zum Hafen und zum seeschiff tiefen Wasser an der Ostsee ein ausschlaggebendes Kriterium für die Standortentscheidung.

MAßNAHMEN

- Ein klares, verbindliches, von allen Ressorts der Landesregierung mit getragenes Bekenntnis zum Industriestandort Mecklenburg-Vorpommern ist erforderlich.

- Der politische Fokus muss neben der **Förderung der bedeutsamen Industrie im Bestand** auch in der **aktiven Bewerbung um Ansiedlung weiterer Industrien** liegen. Hierzu sind die politischen und wirtschaftlichen Standort- und Rahmenbedingungen für bedeutsame Industrieansiedlungen entsprechend zu fokussieren, anzupassen und überregional zu bewerben.
- Es muss künftig gelingen, die verkehrstechnisch günstig gelegenen **Industriegebiete (gem. BauNVO GE und GI)** im Umland durch entsprechende Rahmenbedingungen **attraktiver für Investoren** zu gestalten, vorhandene **Investitionshemmnisse** durch konkurrierende Nutzungen zu **verringern** und die **Standorte besser zu vermarkten**.
- Bei künftigen Flächenentwicklungen sollte auch weiterhin die **Schaffung und ausreichende Bereitstellung geeigneter Standorte** für Industrie und Gewerbe prioritär berücksichtigt werden. Dazu müssen genügend von Flächengröße und -zuschnitt geeignete Industrie- und Gewerbeflächen und Erweiterungsmöglichkeiten an besonders nachgefragten Standorten bereitgehalten und vermarktet werden.
- Trotz Flächenkonkurrenz (Wohnen, Natur/Erholung, Gewerbe) muss es besser gelingen, ein **Gleichgewicht der Flächenbedarfe** herzustellen und Konflikte im Vorfeld möglichst auszuschließen.
- **Landes-, Regional- und Bauleitplanung** müssen den **Faktor Wirtschaft noch stärker in den Fokus nehmen** und eine **sichere Planungsgrundlage** für Industrie im Bestand und den Grundstein für neue Ansiedlungen darstellen.
- Die **Schlüsselrolle der Industrie** muss auf allen gesellschaftlichen Ebenen **stärker betont und gelebt** werden. Durch gemeinsame, landesweite Kampagnen von Wirtschaft, Politik und Gesellschaft sollte Industrie in Mecklenburg-Vorpommern mehr Akzeptanz und Anerkennung erfahren.
- Um die Digitalisierung und Industrie 4.0 im Land voranzubringen, muss ein **flächendeckender Ausbau hochleistungsfähiger glasfaserbasierter digitaler Infrastrukturen** vorangebracht werden. Dabei müssen Gewerbe- und Industriestandorte priorisiert werden. Ebenso unverzichtbar ist eine flächendeckende **Versorgung mit leistungsstarker Mobilfunk-Infrastruktur** für den Industriestandort Mecklenburg-Vorpommern.

Auf unbürokratischere und digitale Verwaltungsprozesse umstellen

SITUATION

- Transparente und moderne Genehmigungsprozesse, kompetente, ressortübergreifende Begleitung und Betreuung durch Behörden und Verwaltung (z.B. durch Benennung eines Hauptansprechpartners) und damit kurze und klare Entscheidungswege sind für Investoren ein wesentliches Argument für eine Standortentscheidung. In diesem Bereich muss Mecklenburg-Vorpommern im Rahmen seiner hoheitlichen Möglichkeiten künftig Vorreiter sein.

MAßNAHMEN

- In erster Linie ist eine **Stärkung der Kompetenzen und ausreichende Personalstärke** der Genehmigungsbehörden und der Wirtschaftsverwaltung und Wirtschaftsförderung erforderlich. Für alle behördliche Prozesse sollten die vorhandenen Ermessens- und Entscheidungsspielräume im Sinne der Wirtschaft genutzt werden. Die Entwicklung der behördlichen Kompetenzen darf andererseits aber nicht zu Lasten der gewerblichen Wirtschaft, z.B. durch Abwerbung von Fachkräften, erfolgen.
- **Verwaltungsakte und Entscheidungsprozesse** müssen grundsätzlich die **Einhaltung der gesetzlich vorgeschriebenen Fristen** gewährleisten. Moderne und transparente digitale Verwaltungsverfahren (e-Government) sind schnellstmöglich umzusetzen. Sie können künftig dazu führen, Bürokratie auf Seiten der Antragsteller, wie auch auf Seiten der Verwaltung, zu reduzieren.

- Zudem sollten behördliche **Prozesse standardisiert und vereinfacht** werden, um somit mehr Transparenz und Kundenorientierung zu erreichen.
- Für Großvorhaben, wie z.B. bedeutsame Industrieansiedlungen oder Erweiterungen, könnte innerhalb der Verwaltung eine verantwortliche **individuelle Begleitung (Wirtschaftskümmerer oder Task Force)** dazu führen, die Bearbeitung komplexer Prozesse für den Vorhabenträger einfacher und überschaubarer zu gestalten.

Professionelle überregionale Vermarktung und Positionierung des Industriestandortes Mecklenburg-Vorpommern

SITUATION

- Es fehlt ein wirksames und überzeugendes Vermarktungskonzept seitens der Wirtschaftsförderungen des Landes für den Industriestandort Mecklenburg-Vorpommern. Besonders ist die Koordinierung der Wirtschaftsfördergesellschaften im Land untereinander zu verbessern.

MAßNAHMEN

- Die in den Regionen aktiven **Wirtschaftsförderer** müssen künftig **mehr gemeinsam Hand in Hand** arbeiten, mit dem klaren Ziel, neue Ansiedlungen in die Fläche zu holen. Städte und Umlandbereiche müssen dabei Konkurrenzdenken abstellen und gemeinsam um Neuansiedlungen werben.
- **Regional- und landesspezifische-Aspekte und Aktivitäten** müssen künftig stärker zwischen der **Landeswirtschaftsförderung und den regionalen Wirtschaftsfördergesellschaften abgestimmt** werden.
- Faktoren wie **Flächenverfügbarkeit, Infrastrukturen, Verkehrsanbindungen, wirtschaftliche Vernetzung, Bodenpreise, Wohnraumpotenzial, Lebenswertigkeit/ Work-Life-Balance, Fachkräfte und FuE-Potenziale der Hochschulen und Forschungseinrichtungen** sind künftige Faktoren, die es noch besser zu vermarkten gilt.
- Insbesondere die IHK-Region Rostock besitzt ein vorteilhaftes Alleinstellungsmerkmal in seiner **idealen geografischen Lage als starke Regiopole** und Bindeglied zwischen den Metropolregionen Hamburg, Berlin und Stettin sowie der Ostseeanbindung Richtung Skandinavien.
- Vom Land ist eine **einheitliche professionelle Vermarktungsstrategie** für den Industriestandort Mecklenburg-Vorpommern zu entwickeln und umzusetzen.
- **Clusterpotenziale**, die sich aus stabiler Bestandsindustrie heraus in der Region bilden und etablieren können, sollten aktiv zusammen mit der großen Industrie nach deren Bedürfnissen befördert werden.

Industrie braucht qualifizierte Arbeitskräfte/ Zukunftsfähige Fachkräfte für die Region

SITUATION

- Die Unternehmen in Mecklenburg-Vorpommern können sich deutschlandweit und im globalen Wettbewerb nur mit Innovationskraft und Know-how langfristig behaupten. Dafür brauchen sie gut ausgebildete Mitarbeiter. Derzeit gibt es über die meisten Branchen hinweg Fachkräfteengpässe auf allen Qualifikationsniveaus.

- Im harten internationalen Wettbewerb um geeignete Fachkräfte muss das Land mit seiner Attraktivität stärker nach außen werben. Dem zunehmend drohenden Fachkräftemangel in der Region sollte politisch mit der Optimierung der Rahmenbedingungen bei allen weichen Standortfaktoren begegnet werden.

MABNAHMEN

- Mit guten **Bedingungen in der Work-Life-Balance, wie Wohnraumverfügbarkeit, Familienfreundlichkeit, Kinderbetreuung, Karrierechancen oder dem hohen Erholungswert** kann und muss unsere Region bereits heute im harten Wettbewerb um qualifizierte Arbeitsplätze **punkten**.
- Das **Ausbildungs- und Bildungsniveau** in allen Altersstufen ist auszubauen und muss dem Bundesländervergleich sowie den Ansprüchen der Wirtschaft in **Qualität und Quantität** Stand halten können. Universitäten, Hochschulen und sonstige Ausbildungseinrichtungen müssen ihre **Angebote noch mehr auf die Bedürfnisse Industrie und Wirtschaft** ausrichten.
- **Wirtschaftsförderungen** auf Landes-, Regional- und lokaler Ebene müssen neben der Akquise von Wirtschaftsunternehmen zunehmend auch die **Akquise geeigneter Fachkräfte** aus anderen Regionen im Fokus behalten.
- Aktivitäten im Land, wie **Anheuern in MV, Durchstarten in MV, mv4you, die Welcome Center und viele regionale Initiativen, wie zum Beispiel „Leben & Arbeiten in Vorpommern – Deutschlands Sonnendeck“**, liefern hier bereits Ansätze, die weiter zu intensivieren, jedoch auch **zu koordinieren und aufeinander abzustimmen** sind.
- Bereits in der Schulbildung muss der **Fokus auf die Entwicklung neuer Nachwuchskräfte** für die wirtschaftlichen Bedarfe vor Ort gelegt werden. Dies kann z.B. durch besondere Lehrinhalte und Unterrichtsfächer wie bspw. Unternehmertum oder Wirtschaft erreicht werden. **Den MINT-Fächern** sollte zur Sicherstellung künftiger Fachkräfte aus dem technologischen Bereich eine **höhere Bedeutung** zukommen.
- Zudem sollten zur **frühzeitigen Fachkräftebindung** und zur Festigung der Entscheidung bei der Berufswahl mehr **schulische Praktika (Teilzeitpraktika)** seitens der Unternehmen angeboten und **mehr obligatorische Praktika** in Studienlehrpläne bzw. -ordnungen aufgenommen werden.
- In der dualen Ausbildung müssen die Abschlüsse und die Entwicklungsmöglichkeiten der **IT-Berufe** (z.B. Fachinformatiker für Anwendungsentwicklung, Fachinformatiker für Systemintegration, IT-Systemelektroniker) bei den Schülerinnen und Schülern **stärker bekannt gemacht** werden.

Industrie im Bestand aktiver betreuen und befördern

SITUATION

- Industrie im Bestand ist ein Wert, den wir nicht erst bewerben müssen, sondern der uns im Land bereits seit Jahrzehnten stabiles Wachstum und Wertschöpfung beschert.
- Viele bedeutsame große Industrieansiedlungen vor Ort verfügen über ein hohes Entwicklungs- und Erweiterungspotenzial und sorgen durch ihre Ausstrahlung dafür, dass die Region als attraktiver und innovativer Industriestandort wahrgenommen wird.
- Hinzukommt, dass insbesondere große Industrie im Bestand in der Region zu einer Vielzahl von Zulieferern führt, die sich ebenfalls in der Region ansiedeln oder bereits seit Jahren ihren Bestand sichern können.

MABNAHMEN

- Es ist von besonderer Bedeutung, **bestehende Industriestrukturen und deren Leistungen für die Region anzuerkennen** und angemessen **wertzuschätzen**.
- Besondere Aufmerksamkeit und Unterstützung sollte den **etablierten Industrieunternehmen** im Land zukommen.
- Sowohl auf politischer als auch auf wirtschaftlicher Seite können dafür **Förderer (Wirtschaftskümmerer)** aktiv werden, die entsprechend regional vernetzt sind und mit der notwendigen Leidenschaft und Sorgfaltspflicht für die Unternehmen agieren können. Ihre Aufgaben sollten u.a. in der **Beförderung der Stärken, in der besseren Vernetzung der Industrie untereinander, in der Erkennung und Beseitigung von Sorgen und Problemen der Industrie sowie in der aktiven Betreuung und Behördenbegleitung** beispielsweise bei Erweiterungsplanungen, Neuansiedlungen etc. liegen. Den regionalen Wirtschaftsförderungen soll hierbei die hauptverantwortliche Rolle zukommen, da sie über eine hohe Vor-Ort-Kompetenz und den Zugang zu den Unternehmen verfügen. Die IHKs fungieren hierbei auch als wichtige Ansprechpartner für Politik und Wirtschaft.
- **Industriebetriebe**, die bereits fest mit der Region und den Menschen vor Ort verbunden sind, könnten auch bei ihren Vorhaben (z. B. Erweiterungsvorhaben) **prioritär unterstützt** werden. So könnten **Planungs- und Genehmigungs- oder Überwachungsprozesse beschleunigt oder unbürokratischer behandelt** werden, natürlich unter der Prämisse, dass dennoch alle gesetzlichen Anforderungen sichergestellt sind.
- Den **Behörden vor Ort** muss die dafür **notwendige Entscheidungskompetenz und fachliche bzw. rechtliche Unterstützung** „von Oben“ zugesichert werden können.
- Im Sinne der Bürokratieerleichterung sollten bestehende Verwaltungsprozesse unter Berücksichtigung der Digitalisierung einer regelmäßigen **Evaluierung** unterzogen werden, mit dem Ziel, auf entbehrliche und wiederholte Erhebungen bzw. Gutachten zu verzichten.
- Der **öffentliche Sektor** kann auch ein **wesentlicher Auftraggeber** für die Industrie vor Ort sein. Hier sollte möglichst auf eine **regionale Auftragsvergabe** hingewirkt werden. Die Spielräume bei der öffentlichen Ausschreibung sind dabei seitens der Verwaltung weitestgehend auszuschöpfen.

Innovations- und Technologiepotenzial steigern, Fokussierung auf technologische Stärken

SITUATION

- Um in dem sich rasch ändernden globalen Wettbewerb langfristig bestehen zu können, müssen Unternehmen Innovationen und neue Technologien entwickeln. Die Fähigkeit zur Wandlung trägt entscheidend zum Erfolg und dem Fortbestand der Unternehmen bei.
- Die Innovationskraft eines Unternehmens steht und fällt mit der Qualität der beschäftigten Fachkräfte im Unternehmen.
- In Zukunft müssen konkrete Praxisanforderungen der regionalen Wirtschaft an Schule, Lehre und Hochschulen noch stärker berücksichtigt werden.
- Die Stärkung und der Ausbau des Technologietransfers zwischen Wissenschaft und Wirtschaft sind entscheidender Faktor zur Steigerung des Wirtschaftswachstums in Mecklenburg-Vorpommern.

MABNAHMEN

- Mecklenburg-Vorpommern sollte sich auf vorhandene und künftige **technologische Stärken fokussieren** und sollte dies als ressortübergreifende Aufgabe auf Ebene der Landesregierung verstehen. Die neu zu erarbeitende **Regionale Innovationsstrategie (RIS)** ist auf die Bereiche zu konzentrieren, in denen Mecklenburg-Vorpommern eine besondere Kompetenz aufweist, wie Biomedizin/ Medizintechnik, Maschinen- und Anlagenbau, Bioökonomie, Ernährungswirtschaft, Energiegewinnung und -speicherung, Maritime Technologie. Durch die Bündelung von Know-how können sich in diesen Bereichen besondere Kompetenzfelder und -regionen bis hin zu Clusterstrukturen mit hohem wirtschaftlichem Potenzial und Leuchtturmcharakter entwickeln (z. B. Erneuerbare Energien/Wasserstofftechnologien, OTC, Biotech, Bioökonomie, Robotik/KI, Smart Health, Autonomes Fahren etc.)
- **Bildungsangebote** sind auf die **konkreten Bedarfe der Industrie** vor Ort anzupassen. Mit der Industrie zusammen könnten mehr Modelle der dualen Ausbildung/Studium entwickelt und etabliert werden. Ziel muss es sein, Jugendliche aus der Region durch **passgenaue Bildung und Ausbildung für die Industrie** zu gewinnen und in der Region zu halten.
- Die **Zusammenarbeit der Hochschulen des Landes mit der regionalen Industrie** ist zu **intensivieren**. Dies kann etwa durch die Stärkung der aktiven Betreuung mittels Transferstellen an den Hochschulen, durch Stiftungsprofessuren, Praktikanten- und Absolventenvermittlung an Hochschulen, Doktor- und Diplomarbeiten oder durch Verwertung von Forschung und Entwicklung (F&E) aus den Hochschulen in der regionalen Wirtschaft vor Ort erfolgen.
- Der Fokus der Politik sollte weiterhin stark auf der **Förderung von Technologietransfer, F&E sowie Forschungsk Kooperationen** liegen.
- Die Struktur der **Technologie- und Innovationsberater** des Landes sollte mit Blick auf die Wertschöpfungspotenziale **verstetigt** werden, um insbesondere die Gefahr des Know-how-Verlusts bei Personalwechseln auszuschließen.
- Hinsichtlich der **existierenden Förderprogramme** des Landes und des Bundes (Innovations- und Technologieförderung) und der hierfür zuständigen Einrichtungen müssen die Kompetenzen **stärker gebündelt und mehr Transparenz geschaffen** werden.
- Die **Bewilligung von Landesfördermitteln für Unternehmen im Bereich FuE** muss sich durch mehr Flexibilität sowie insbesondere **schnellere und unbürokratische Bearbeitung** auszeichnen.
- Die **Einrichtung von Reallaboren** in MV ist notwendig und sollte mit finanziellen Mitteln in angemessenen Größenordnungen unterstützt werden.

Strukturen, Kompetenzen und Personalbestand in der Verwaltung nachhaltig verbessern

SITUATION

- Mehrere Ministerien des Landes sind mit Verwaltungs- und Genehmigungsverfahren der industriellen und gewerblichen Wirtschaft betraut. Neben dem Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Gesundheit sind im Land weiterhin u.a. das Ministerium für Energie, Infrastruktur und Digitalisierung, das Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt, das Finanzministerium oder das Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur je nach Zweck für bestimmte industrielle Prozesse zuständig. All diese Ministerien haben wiederum eigene und teilweise mehrere nachgeordneten Verwaltungsstrukturen im Vollzug.

Eine klare Struktur ist zumindest von Seiten der Antragsteller in diesem komplexen Behördensystem nicht mehr erkennbar.

- Diese unklaren und sich gegenseitig blockierenden Ressortzuschnitte sind ein Hemmnis für industrielle Ansiedlung und führen aus Sicht von Industrie und Gewerbe zu einer hohen Intransparenz der Behördenstrukturen in Mecklenburg-Vorpommern.
- Ein wesentlicher Mangel liegt nach Empfinden der Unternehmen u.a. auch in der jeweiligen Auslastung sowie Sach- und Entscheidungskompetenz der betroffenen Behördenmitarbeiter. Kaum ein aktuelles Verfahren zur Genehmigung von Industrie- oder Energieanlagen wird derzeit im Land innerhalb der jeweiligen gesetzlich vorgesehenen Frist abgeleitet.
- Deutlich ist auch bei den landesseitigen Fachbehörden ein zunehmender Fachkräftemangel zu spüren. Sowohl bei Qualität als auch Quantität der Bearbeitungsprozesse dürfen hier keine wirtschaftlichen Nachteile entstehen.

MABNAHMEN

- Unter der Prämisse der **Vermeidung von Doppelstrukturen** und der **besseren Koordinierung** zwischen den einzelnen Ministerien in Bezug auf industrielle Prozesse sollten **Zuständigkeiten transparenter** erkennbar sein und möglichst erheblich gebündelt werden.
- Dies kann z.B. insbesondere bei größeren Verfahren durch die hoheitliche Koordinierung von **zentralen Ansprechpartnern bzw. Kümmerern** erfolgen, die die Prozesse mit den jeweils zuständigen Ministerien abstimmen und koordinieren.
- im Sinne einer effizienten, wirtschaftsfreundlichen Politik sollte auf **klare Ressortzuschnitte und Verantwortlichkeiten** geachtet werden.
- Die Landespolitik muss auf **schnellere digitale und transparente Planverfahren** und eine **verbesserte Entscheidungsfähigkeit** bei den zuständigen Behörden hinwirken, um die gesetzlichen und behördlichen Rahmenbedingungen optimaler und wirtschaftsfreundlicher zu gestalten.
- Die **Wiedereinberufung der Umweltallianz** Mecklenburg-Vorpommern sollte erwogen werden, die sich seinerzeit (2000-2012) als zielführendes Kommunikationsgremium der kurzen Wege für Wirtschaft und Verwaltung, insbesondere im Umweltbereich, erwiesen hat.
- Die zuständige Fachverwaltung auf allen Ebenen muss stets über die **notwendige Sachbescheidungskompetenz** verfügen, um industrielle Genehmigungs- und Überwachungsprozesse zügig und unbürokratisch durchführen zu können und den Antragstellern damit die notwendige Genehmigungs- und Rechtssicherheit zu gewährleisten.
- **Genehmigungsverfahren sind wirtschaftsfreundlich und praxistauglicher** innerhalb der gesetzlich vorgegebenen Fristen zu bescheiden. Zielsetzung der Behörden sollte es sein, gegenüber den Antragstellern unterstützend sowie dienstleistungs- und lösungsorientiert zu agieren.
- Das **Ausmaß von immer mehr Genehmigungsaufgaben** muss auf ein wirtschaftlich **vertretbares** und realisierbares **Niveau** zurückgebracht werden. Im Verfahren ist behördlicherseits für einen transparenten Informationsfluss zu den Antragstellern zu sorgen. Der Rechtsrahmen sollte durch mehr Klarheit und Nachvollziehbarkeit industriefreundlicher ausgelegt werden.
- Rationalisierungen sind bedingt auch im Sinne der Wirtschaft, jedoch erfordern schlanke und beschleunigte Prozesse auch immer einen zuverlässigen und **qualifizierten Personalbestand seitens der Verwaltung** auf allen Ebenen.
- Entsprechende **Evaluierungen innerhalb der Verwaltung** sollten hier Schwachpunkte aufzeigen und dringend Abhilfe schaffen, in berechtigten Fällen auch mit Aufstockung von Personal, in jedem Fall jedoch mit dem Fokus auf Qualifizierung und Stellenkonstanz (Beständigkeit der Ansprechpartner).

Erneuerbare Energien zum Standortvorteil machen

SITUATION

- Mecklenburg-Vorpommern als ein Energieland, das bilanziell weit über 100 Prozent des Strombedarfs im Land durch Erneuerbare Energien deckt, darf nicht länger teuerster Stromstandort für Wirtschaft und Privatverbraucher sein. Energiekosten belasten die regionalen Unternehmen in hohem Maße. Mecklenburg-Vorpommern muss künftig mit seinem Grünen Strom im Bundesvergleich punkten können. Dazu zählt die Bereitstellung von günstigem Strom, Wärme und Treibstoffen für die regionale Wirtschaft.
- Trotz Vorrangstellung des Landes beim Ausbau der Erneuerbaren Energien stehen den politisch beschlossenen Ausbauzielen aus Bund und Land in der Praxis in Mecklenburg-Vorpommern rückläufige Zahlen gegenüber.
- Grundsätzliches Hemmnis für einen weiteren Ausbau der Erneuerbaren Energien sowie deren Nutzung über alle Sektoren, auch in der Industrie, wird in der Preispolitik der Bundesregierung gesehen. Strompreisabgaben, insbesondere die EEG-Umlage und deren Belastung auch bei Eigennutzung oder Speicherung, sind hemmend.
- Weitere Gründe sind in fehlenden planungsrechtlichen Voraussetzungen sowie in geringer Personaldecke und Entscheidungskompetenz der Genehmigungsbehörden zu sehen.
- Zudem stehen eine unzureichende öffentliche Akzeptanz im Falle einer Betroffenheit sowie immer kompliziertere und lang andauernde Verfahren mit umfangreichen Klagerechten den Ausbauzielen entgegen.
- Auch stellt für den Ausbau von Onshore-Anlagen das Bürger- und Gemeindebeteiligungsgesetz MV ein weiteres bürokratisches und finanzielles Hindernis dar.
- Weitere Hemmnisse im Land sind planungsrechtliche Unsicherheiten durch z.T. seit Jahren fehlende rechtsverbindliche Ausweisungen neuer Eignungsgebiete im Rahmen der zögerlich verlaufenden Teilfortschreibungen Windenergie in den regionalen Raumentwicklungsprogrammen.

MAßNAHMEN

- Die politischen Rahmenbedingungen auf Bundesebene sind einzufordern und schnellstmöglich umzusetzen. Dazu muss kurz- bis mittelfristig bundespolitisch auf eine **Reform der staatlich induzierten Preisbestandteile im Energiesektor** abgezielt werden. Ein reformiertes wettbewerbsgerechtes, transparentes und deutlich **einfacheres System der Abgaben und Umlagen im Energiebereich** ist der zentrale Hebel für das Gelingen der Energiewende.
- Das Land hat die einmalige Chance, durch das **hohe Erzeugungspotenzial an Grünem Strom** sowie der stark vertretenen wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Kompetenz auf dem Gebiet der Erneuerbaren Energien in der Region **neue Technologien und Innovationen** zu etablieren und damit **Technologieführerschaft** und Wertschöpfung in die Region zu holen.
- Da der Ausstoß von klimaschädlichem CO₂ nur in geringem Maße Bestandteil des Strompreises ist, können saubere, CO₂-freie Technologien wie Windenergie ihren größten Wettbewerbsvorteil nicht ausspielen und werden so permanent strukturell benachteiligt. Erst eine **angemessene, gerechte CO₂-Bepreisung** kann einen fairen Wettbewerb schaffen und Erneuerbare Energien zunehmend unabhängig von garantierten Preisen machen. Strom aus Erneuerbaren Energien ist bereits heute schon wettbewerbsfähig. In diesem Zusammenhang ist die derzeitige Subventionspolitik zu überdenken.

- Die künftige Energieerzeugung wird stärker volatil sein. **Die Sektorenkopplung, d.h. die Vernetzung der Sektoren der Energiewirtschaft in den Bereichen Verkehr, Wärme und Industrie, sollte zügig umgesetzt werden**, um den Verbrauch durch zuschaltbare Lasten besser zu regeln.
- **Speicherkapazitäten (insbesondere Wasserstofftechnologie) müssen geschaffen**, von der **EEG-Umlage befreit**, gesetzliche Hürden beseitigt und Investitionsanreize (z.B. durch ein Programm zur Förderung von Speichertechnologien - technologieoffen) entwickelt werden.
- Das **Bürger- und Gemeindebeteiligungsgesetz MV** sollte auf seine Wirksamkeit hin evaluiert und in Folge praxistauglich novelliert und vereinfacht, aber vor allem bundeseinheitlich abgeglichen werden. Ein Alleingang des Landes ist wettbewerbsverzerrend und nicht zielführend.
- Die Landesregierung sollte **einen verbindlichen Mindestanteil der Potentialflächen als Eignungsgebiete für Erneuerbare Energien festlegen**, die für den weiteren Ausbau Erneuerbarer Energien genutzt werden können. Beispielsweise könnten für die Windenergie mindestens 10 Prozent der Potentialfläche als Wind-eignungsgebiete ausgewiesen werden.
- Ein bahnbrechender neuer Ansatz wäre hier, zunächst **definierte harte Tabu-Kriterien für entsprechende Ausschlussräume** im Land festzulegen und verbleibende Weißflächen als Potentialflächen zu belassen. (Landesfläche – harte Ausschlussräume = Potentialflächen. Ausgewiesene Windeignungsgebiete mindestens 10 Prozent der Potentialflächen).
- Jede Gemeinde muss ihren Anteil an der Energiewende leisten. Auf **Gemeinden sollten klare Ziele bzw. Kriterien** zur Ausweisung von Flächen für regenerative Energien heruntergebrochen werden.
- Spätestens alle zehn Jahre sollte eine **Evaluierung der Ausschlussflächen** in den Regionalen Raumentwicklungsplänen und Flächennutzungsplänen durchgeführt werden.
- Die Ostsee kann wesentlich stärker für **Offshore-Windenergie** genutzt und damit auch mehr Wertschöpfung für Mecklenburg-Vorpommern generiert werden. Im Sinne der Klima- und Energieziele der Bundesregierung zur weitreichenden Umstellung der Energieversorgung auf Erneuerbare Energien sollte daher geprüft werden, das Potenzial von möglichst konfliktfreien Flächen in der Ostsee für Windenergie gegenüber den derzeitigen Planungen weiter zu erhöhen.
- **Photovoltaik (PV)-Bereiche sind auch in der Fläche auszubauen**. Sie bieten durchaus gute Entwicklungsmöglichkeiten für Biotop (insbes. Schutzräume für Vögel, Reptilien und Insekten). Aufgrund ihrer guten Wachstumsperspektiven sollten für die PV Restriktionen beseitigt und geeignete Flächen sowohl im städtischen als auch im ländlichen Bereich bei geringen Bodenwerten festgelegt und genutzt werden.
- **Die Stromerzeugung aus Abwärme und geothermischer Wärme mittels Organic-Rankine-Cycle-Anlagen** sollte aus Klimaschutzgründen und im Sinne der Technologieoffenheit der Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Energien gleichgestellt werden, da keine fossilen oder regenerativen Brennstoffe benötigt werden. Solche Anlagen sollten wie EE-Anlagen zur Eigenversorgung von Strompreisumlagen befreit werden.

Neue Technologien im Bereich Erneuerbare Energien vorantreiben – Wasserstoff ist der Energieträger der Zukunft

SITUATION

- Für eine Energieversorgung ohne fossile Energienutzung müssen so schnell wie möglich alle in Mecklenburg-Vorpommern verfügbaren und zu ökonomisch und ökologisch vertretbaren Bedingungen nutzbaren erneuerbaren Energieformen auf breiter Basis ausgebaut werden.
- Ziel sollte sein, im Rahmen eines technologieoffenen Ansatzes durch Förderung von innovativen Techniken und Mechanismen zu einem Mix aus günstigen, marktfähigen und versorgungssicheren erneuerbaren Energien zu gelangen. Neben der Windenergie gehören zu diesen Technologien Bioenergie (Biomasse), Solarenergie (Photovoltaik und Solarthermie), Umgebungswärme (Wärmepumpen), Tiefengeothermie.

MAßNAHMEN

- Neben einem **technologieoffenen Ansatz zur Lösung der Energieversorgung** wird für Norddeutschland ein **großes Potential in der künftigen nachhaltigen Energiegewinnung und -speicherung (z.B. Wasserstofftechnologien) sowie der Sektorenkopplung** gesehen.
- Norddeutschland hat aufgrund der **hohen Verfügbarkeiten volatiler Erneuerbarer Energien** herausragende Möglichkeiten, **grünen Wasserstoff** aus Windstrom zu produzieren und somit im Norden eine **nachhaltige Wasserstoffwirtschaft** zu etablieren und Wertschöpfung am Standort zu halten.
- Anlagen zur **(Wasserstoff-) Erzeugung und Speicherung von Strom** sollten zwingend von der **EEG-Umlage ausgenommen** werden.
- Ein hohes Potential für die Region wird u.a. in der Herstellung von **grünem Ammoniak als Rohstoff, Energieträger der Zukunft sowie für die emissionsfreie maritime Mobilität** gesehen. Das breit aufgestellte **FuE-Projekt CAMPFIRE** setzt hier mit dem Ziel an, neue Technologien zur Herstellung von grünem Ammoniak aus erneuerbaren Energien zu entwickeln. Es bietet die Chance, die Region langfristig als führende Wasserstoffregion zu etablieren und entsprechendes Know-How aufzubauen und weiterzuentwickeln.
- Nach dem Leitmotiv **„Industrie folgt Energie“** bieten sich im Rahmen der Wasserstofftechnologien in Zukunft durch das Potential günstiger grüner Energieerzeugung enorme Chancen zur Ansiedlung energieintensiver Industrie.
- Ziel sollte es ebenfalls sein, ein **Erneuerbares Energien Kompetenzzentrum** im Land zu etablieren.

Lehre aus Corona-Pandemie: Resilienz des Industriestandorts erhöhen – Höhere wirtschaftliche Unabhängigkeit mit „Made in Germany“

SITUATION

- Ihre starke Verflechtung in internationale Wertschöpfungsketten verspricht zwar enorme Kostenvorteile, macht die deutsche Industrie aber in besonderem Maße abhängig von den Entwicklungen der Weltwirtschaft und führt auch ihre Fragilität vor Augen. Die Corona-Pandemie hat gezeigt, wie schnell Märkte ausfallen können – und der Bezug und Absatz von Produkten damit deutlich schwieriger wird.
- Infolgedessen sollten Lieferketten in sichere Märkte ausgeweitet und zugleich regional diversifiziert werden, um sich von Lieferengpässen unabhängiger zu machen. Das Festhalten an der internationalen Arbeitsteilung und an offenen Märkten bleibt wichtig – auch nach der Krise.
- Zu den wachsenden Anforderungen durch die Digitalisierung, Globalisierung und den Klimaschutz sind mit der Corona-Pandemie weitere Herausforderungen für die Industrie hinzugekommen. Dazu zählen notwendige Anpassungen im betrieblichen Ablauf, um den Gesundheitsschutz der Mitarbeiter zu gewährleisten, die Sicherstellung und Neuausrichtung von Lieferketten, die Suche nach neuen Kunden und Absatzmärkten oder auch die Anpassung des Produktportfolios.
- Die Krise hat die industrielle Leistungs- und Innovationsdynamik vielerorts erheblich ausgebremst und die Unternehmen unter Druck gesetzt, ihr bisheriges Geschäftsmodell zu überdenken.

MAßNAHMEN

- Eine Lehre aus der Krise ist, die **Resilienz des Industriestandorts Deutschland zu erhöhen**. Die Unternehmen sind nicht nur auf funktionierende Lieferketten und gute Finanzierungsbedingungen angewiesen, sondern benötigen vor allem ein innovationsfreundliches Umfeld für alle Teile der Wertschöpfungskette, um sich mit **neuen Produkten und Dienstleistungen „Made in Germany“ zukunftsfest aufzustellen**.
- Dafür braucht es einerseits **agile, technologieoffene Ansätze in der Forschungs- und Förderpolitik und andererseits marktnahe Strategien zu industrierelevanten Querschnittstechnologien**. Dazu zählen z. B. KI, Quantencomputing oder Bioökonomie, deren Anwendung von Wirtschaft, Wissenschaft und Politik gemeinsam gestärkt werden sollte. Das hilft, um die technologische Souveränität des Standortes Deutschland zu erhalten und auszubauen.
- Auch die **Clusterpolitik** kann Forschung, Innovation, aber auch das Schließen von Wertschöpfungsketten in neuen Technologieanwendungen befördern. Erfolgreiche Cluster lassen sich aber nicht politisch verordnen, sondern brauchen **mittel- und langfristig selbsttragende Strukturen**. Basis politischer Aktivität auf diesem Feld sollten dabei die Bedürfnisse und Aktivitäten der Unternehmen vor Ort sein („Bottom up“-Ansatz). Eine **Clusterförderung** (z. B. für ein Clustermanagement) sollte zeitlich begrenzt und degressiv ausgestaltet sein.
- Notbestände der Staaten oder der EU zu sichern darf sich künftig nicht auf eigene Landwirtschaft und Lebensmittel oder Energiereserven in Öl- und Gasspeichern erschöpfen. **Schutzausrüstungen, Medikamente, medizinische Gerätschaften und Einrichtungen zur medizinischen Versorgung gehören ebenfalls für mögliche Katastrophen unterschiedlicher Art dazu**. Auch eine europäische Unabhängigkeit in der Herstellung von Gütern, die für die Bewältigung von Katastrophen erforderlich sind, wird bei der Gefahr reißender Lieferketten erforderlich sein.

Impressum

Herausgeber:

IHK zu Rostock
Ernst-Barlach-Str. 1-3
18055 Rostock

☎ 0381 338-0

🌐 rostock.ihk.de

Ansprechpartner:

Sven Olsen

Leiter Geschäftsbereich Innovation, Umwelt, Verkehr, Maritime Wirtschaft

☎ 0381 338-100

@ olsen@rostock.ihk.de

Gestaltung:

IHK zu Rostock

Bildnachweis:

Titel: ©Andrei Merkulov @stock.adobe.com

Stand: 11/2020

Alle Rechte liegen beim Herausgeber. Ein Nachdruck – auch auszugsweise – ist nur mit ausdrücklicher schriftlicher Genehmigung des Herausgebers gestattet.